

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

23.03.2018

Klimapolitik

Angela Merkel ist zum vierten Mal in das Amt der Bundeskanzlerin gewählt worden und das neue Bundeskabinett ist vereidigt. Wir werden nun keine Zeit verlieren und mit der Umsetzung des Koalitionsvertrages beginnen.

Für Klimapolitik bedeutet das, dass sie nicht nur sozial gerecht sein soll, sondern dass sie auch wirtschaftlich vernünftig gemacht werden muss. Das betrifft die Ziele, aber das betrifft gerade auch die Maßnahmen. Klimapolitik ist immer auch Sozial- und Standortpolitik. Wie wir sie gestalten, entscheidet über soziale Gerechtigkeit und Arbeitsplätze. Diese Maßstäbe müssen wieder deutlicher in die Diskussion rücken.

- Mit einem Bekenntnis zu den Zielen – nicht weniger aber auch nicht mehr.
- Mit der Darstellung der Grundsätze unserer Umwelt- und Klimapolitik, nämlich Kosteneffizienz, Technologieoffenheit, Wettbewerbsneutralität der Verhinderung von carbon leakage und der 1:1-Umsetzung europäischer Vorgaben.
- Mit einem klaren Bekenntnis zum Europäischen Emissionshandel und einer Absage an zusätzliche nationale Abgaben.
- Mit der klaren Aussage, dass Klimapolitik so auszugestaltet ist, dass Sicherheit und Preiswürdigkeit der Energieversorgung gegeben sind.
- Wir haben klargestellt, dass Klimaschutz und hier speziell der Ausstieg aus der Kohle nicht zu Strukturbrüchen in den betroffenen Regionen führen darf. Erst die Perspektiven für die Menschen, dann der Ausstieg aus der Kohle, nicht umgekehrt.
- Wir werden als Unionsfraktion die Arbeit der Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“ eng begleiten.

Wir haben die Klimapolitik in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten sehr stark auf den Energieerzeugungsektor fokussiert. Die Diskussionen zwischen Wirtschafts- und Umweltministerium um die Sektorziele in der letzten Phase der Arbeiten am Klimaplan 2050 haben

gezeigt, dass wir künftig den Blick stärker auf den Verkehrs- und den Gebäudebereich und die Landwirtschaft richten müssen. Aber auch gelten die Vorgaben: technologieoffen, innovationsorientiert, kosteneffizient, wettbewerbsneutral. Ich weiß, es ist einfacher sich mit einer begrenzten Zahl von EVU um das Abschalten von Kohleblöcken zu streiten, als mit Millionen Autofahrern, aber die Diskussionen sind erforderlich, wenn wir die Ziele erreichen wollen. Das heißt aber nicht, dass wir nicht über die Kohleverstromung reden müssen.

Ich sehe derzeit vier zentrale Handlungsfelder für die Klimapolitik in den nächsten Monaten:

- Die Forcierung der Arbeiten zum Erreichen des 2020-Klimaziels. Da sind noch Maßnahmen aus dem Aktionsprogramm 2020 überfällig und auch die steuerliche Absetzbarkeit der energetischen Gebäudesanierung muss schnell kommen. Dazu kommen dann noch die Sonderausschreibungen für die Erneuerbaren Energien.
- Die Arbeit der Strukturkommission. Hier sollen bereits Ende des Jahres Ergebnisse vorliegen. Das ist eine enorme Aufgabe.
- Die Erarbeitung des Maßnahmenprogramms zum Erreichen der Klimaziele 2030 durch die Bundesregierung. Hier werden wir uns jede Maßnahme sehr genau ansehen. Insbesondere, was die Kosteneffizienz und die Technologieoffenheit betrifft. Da wird uns sicher der neue Wirtschaftsminister unterstützen. Aber ich appelliere auch an die Wirtschaft, sich hier einzubringen.
- Die Erarbeitung des Klimaschutzgesetzes. Hier müssen wir noch entscheiden, in welche Form dieses Gesetz gebracht wird. Wichtig ist für uns, gerichtsklar festzuschreiben, dass Klimapolitik kein Primat hat, sondern immer in einem gesamtgesellschaftlichen Abwägungsprozess betrachtet und beurteilt werden muss. Ein Primat von Klimapolitik, beispielsweise gegenüber sozialen Aspekten, werden wir nicht akzeptieren.

Umsatzwachstum auf dem Big-Data-Markt

Der Markt für Big Data in Deutschland wächst rasant – laut Digitalverband Bitkom mit einem Umsatzplus von zehn Prozent im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr 2017. Mit Hardware, Software und Services für Big-Data-Anwendungen werden so in diesem Jahr voraussichtlich 6,4 Milliarden Euro Umsatz gemacht. Dies sei darauf zurückzuführen, dass intelligente Analysen und Verarbeitungen großer Datenmengen einen branchenübergreifenden Mehrwert versprechen, sei es in Form von Diagnoseunterstützung im Gesundheitswesen oder im Notfallmanagement bei Naturkatastrophen. Das stärkste Wachstum im Big-Data-Bereich verzeichne aktuell die Hardware-Sparte. Alleine hier würden voraussichtlich 671 Millionen Euro umgesetzt, ein Anstieg um 18 Prozent im Vorjahresvergleich. Den höchsten Umsatz erwirtschaftete im laufenden Jahr jedoch weiterhin das Software-Segment mit einem Erlös in Höhe von 3,1 Milliarden Euro. (Bitkom)

Hoher Krankenstand wegen Grippe

Wegen der heftigen Grippewelle sind im Februar so viele Beschäftigte krank ausgefallen wie seit zehn Jahren nicht. Der Krankenstand, also der Anteil Erkrankter an allen Arbeitnehmern, lag im vergangenen Monat bei 6,2 Prozent, wie eine am Donnerstag veröffentlichte Statistik der Betriebskrankenkassen (BKK) ergibt. Jeder Dritte davon blieb wegen einer Grippe oder anderer Atemwegsinfekte zuhause. Im Februar wird hierzulande immer der höchste Krankenstand erreicht. Doch auch im Vergleich zu den vier großen Grippewellen der vergangenen zehn Jahre (2009, 2013, 2015 und 2017) liegt der diesjährige Wert laut den BKK „mit Abstand“ an der Spitze. (dpa)

Urteil zur Grundsteuer erwartet

Das Bundesverfassungsgericht wird am 10. April sein mit Spannung erwartetes Urteil zur Bemessung der Grundsteuer fällen, wie das höchste deutsche Gericht in Karlsruhe mitgeteilt hat. Die Verfassungsrichter prüfen, ob die Grundsteuer verfassungswidrig ist und reformiert werden muss. Anlass sind Bürgerklagen und Vorlagen des Bundesfinanzhofs (BFH), der 2014 die veralteten Vorschriften zur Erhebung der Abgabe für verfassungswidrig erklärte. Die Grundsteuer beruht auf Grundstückswerten, die im Westen seit 1964 nicht mehr angepasst wurden und im Osten sogar seit 1935 gelten. Nach Auffassung des BFH ist die Berechnungsgrundlage der Steuer so veraltet, dass Werte „fernab realer Maßstäbe willkürlich“ festgesetzt würden. Bund und Länder streiten seit über 22 Jahren um eine Reform der Steuer - bislang ohne Ergebnis. Die Grundsteuer ist dem Deutschen Städtetag zufolge mit rund 13 Milliarden Euro im Jahr

eine der wichtigsten Einnahmequellen der bundesweit 11.300 Städte und Gemeinden. Die Abgabe ist damit die dritt wichtigste Geldquelle der Kommunen. (afp)

Baubranche erhält mehr Aufträge

Deutschlands Bauunternehmen haben auch zu Jahresfang mehr Aufträge erhalten. Die Bestellungen stiegen im Januar im Vergleich zum Vorjahr um preisbereinigt 4,4 Prozent, wie das Statistische Bundesamt am Freitag mitteilte. Gegenüber Dezember verringerte sich der Auftragseingang dagegen deutlich um 12,8 Prozent. Die Wiesbadener Behörde wies allerdings darauf hin, dass das Plus zum Jahresende 2017 besonders kräftig ausgefallen sei. Im Dreimonatsvergleich stieg das Volumen von November 2017 bis Januar 2018 gegenüber August bis Oktober 2017 um 13,6 Prozent. (dpa)

Freies WLAN für Europa

Der Vorschlag des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, für mehr freies WLAN an öffentlichen Orten nimmt konkrete Form an: Städte und Gemeinden in ganz Europa können sich für EU-finanzierte kostenlose drahtlose Internet-Hotspots in öffentlichen Räumen über das WiFi4EU-Webportal registrieren. Mitte Mai wird dann die erste Aufforderung veröffentlicht und die registrierten Gemeinden können sich um die ersten 1000 WiFi4EU-Gutscheine im Wert von jeweils 15.000 Euro bewerben. Die Gutscheine werden in der Reihenfolge des Eingangs der Bewerbungen vergeben. Unter <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/wifi4eu-kostenloses-wlan-fur-alle> können die notwendigen Informationen des Programms WiFi4EU abgerufen werden. Das Programm bietet Städten und Gemeinden Gutscheine im Wert von 15.000 Euro für die Einrichtung von Wi-Fi-Hotspots in öffentlichen Räumen, u. a. in Bibliotheken, Museen, öffentlichen Parks und auf Plätzen. Mit der WiFi4EU-Initiative soll erreicht werden, dass „bis 2020 jedes Dorf und jede Stadt in Europa über einen kostenlosen WLAN-Internetzugang in der Nähe der Hauptzentren des öffentlichen Lebens verfügt. Allerdings: Die Kosten für Betrieb und Wartung des Netzes müssen von den Gemeinden getragen werden.“

Zitat

„Ich verspreche Ihnen, wenn ich ein halbes Jahr im Amt bin, ich werde jede problematische Leitung persönlich kennen und besucht haben.“ (Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, CDU, am Donnerstag im Bundestag zum Ausbau der Netze im Zuge der Energiewende, den er ankurbeln will)